



Zentralismus ist nach wie vor gängige Praxis in Baden-Württemberg

Landesvereinigung Baden in Europa beklagt noch immer bestehende Ungleichbehandlung der beiden Landesteile

Karlsruhe (hom.) Der Vorstand der Landesvereinigung Baden in Europa e.V. hat in den letzten Monaten mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen die üblichen Jahresgespräche geführt. Außerdem fanden Gespräche mit Europaminister Friedrich und dem Chef des Staatsministeriums Murawski statt. Das berichtete der Vorsitzende der Landesvereinigung, Prof. Robert Mürb, am Freitagnachmittag vor den Medien in Karlsruhe. Auf der Tagesordnung stand der nach wie vor praktizierte Zentralismus. Die Denkmalpflege wurde im Regierungspräsidium Stuttgart, Außenstelle Esslingen, konzentriert. Mürb: „Dadurch ist unseres Erachtens die Verwaltung nicht effizienter, wenn die Kontakte, die früher unmittelbar in den Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg bestanden, jetzt über das Regierungspräsidium Stuttgart laufen, das die Vorgänge nach Karlsruhe und Freiburg zurückgibt und von dort wieder in die Außenstelle nach Esslingen zurückgegeben werden.“ Sehr merkwürdig sei, wenn die Marktforschung im Regierungspräsidium Tübingen angesiedelt ist. Mürb zeigt zu diesem Thema ein Foto, das er am Karlsruher Weltzien-Haus aufgenommen hat und aber auf die Abteilung Marktüberwachung des Regierungspräsidiums Tübingen hinweist, die in diesem Haus untergebracht ist. Mürb stellte die Frage in den Raum, warum man die Marktüberwachung nicht gleich in den

einzelnen Präsidien lasse, wenn schon Dependancen in allen Regionen angesiedelt seien. Merkwürdig sei auch, dass die Vor-Ort-Präsidien nur in Württemberg eingerichtet wurden, als aber, wie von der Landesvereinigung gefordert, auch badische Vor-Ort-Präsidien beispielsweise für die Wasserwirtschaft eingerichtet werden sollten - die Wasserwirtschaft offensichtlich nach Protesten der Regierungspräsidien in Württemberg – bei allen vier Regierungspräsidien verblieben. Die Bündelung der Kompetenzen, die als Grund bei den Vor-Ort-Präsidien in Württemberg genannt wurden, gelte anscheinend hier nicht.

„Nachdem wir für Dezentralisierung eintreten“ so Mürb weiter, „haben wir auf eine Bündelung in Baden verzichtet. Das neu geschaffene digitale Zentrum, das seit 1. Juli trotz Proteste badischer Abgeordneter eingerichtet wurde, besteht nach Aussage des Staatsministers Friedrich nur aus drei Personen, die den Ankauf von Soft- und Hardware für die IT-Verwaltung des Landes koordinieren sollen. Falls dies so ist und so bleibt, kann dies wohl hingenommen werden, obgleich ein Sitz in der digitalen Kompetenzregion Karlsruhe im Sinn der Dezentralisierung, die vom Staatsministerium propagiert wird, sinnvoller wäre.“

Zur Verteilung der Polizeibeamten in Baden-Württemberg sagte Mürb: „Die Polizeidichte ist in Stuttgart überproportional. Wie aus unserer Untersuchung her-

vorgeht, stehen in der Stadt Stuttgart 3,74 Polizeistellen auf tausend Einwohner, während im Polizeipräsidium Karlsruhe, das einen Raum bis Calw und Nagold und überwiegend ländlichen Raum mit weiten Wegen umfasst, nur 1,89 Stellen zur Verfügung stehen. Noch schlechter ist die Polizeiversorgung im Polizeipräsidium Freiburg mit 1,64 Polizeibeamten / 1000 Einwohner, das ebenfalls einen großen ländlichen Raum zu betreuen hat und außerdem u.a. durch die Grenzlage eine hohe Zahl von Straftaten zu verzeichnen hat. Bei den Gesprächen wurde von Seiten der Politik versprochen, dass hier noch „nachjustiert“ werden müsse. Wir wünschen uns, wie in Bayern, dass die Landesregierung endlich einen Dezentralisierungsplan, wie er in anderen Bundesländern wie Bayern besteht, entsteht.“

Auch die Verkehrsinfrastruktur sprach Prof. Mürb an: „In der Diskussion mit der Politik nahm der Ausbau des Schienennetzes eine wichtige Rolle ein. In Südbaden ist es Dank der gemeinsamen Anstrengungen von BOHR und uns gelungen, die Bürgertrasse durchzusetzen. So wird Offenburg untertunnelt und die Autobahn nahe Trasse geplant. Eine große Aufgabe kommt in Nordbaden mit der Planung der Güterzugtrasse zwischen Mannheim und Karlsruhe auf uns zu. Hier fordern wir gemeinsam mit Bürgerinitiativen ebenfalls eine Trasse entlang der Autobahn. Die heutige Bahntrasse bietet wegen der dichten Bebauung in den Gemeinden entlang der Bahnlinie keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten. Sehr wichtig ist uns der den Rhein überschreitende Öffentliche Personennahverkehr. Hier arbeitet die LV Baden in der Trans-Pamina zusammen mit Initiativen beidseits des Rheins und verfolgt die Verbindungen Baden-Baden – Roeschwoog (Hagenau) und Verbindungen für Straßburg - Lauterburg –Wörth sowie Rastatt- Roeschwoog-Hagenau. Gespräche mit der IHK, der Handwerkskammer, der Arbeitsagentur haben ergeben, dass für die Anwerbung von Auszubildenden im Elsass der Öffentliche Nahverkehr außerordentlich wichtig ist. Die grenzüberschreitende Zusammen-

arbeit der Regierungspräsidien in Karlsruhe und Freiburg wird durch eine Steigerung der InterReg-Mittel um 70 Prozent für gemeinsame Projekte am Oberrhein verbessert. Auch die Bus-Verbindungsplanungen des Landes Baden-Württemberg bieten gute Voraussetzungen für eine Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs über den Rhein. Insgesamt stehen mit den Co-Finanzier rund 3,5 Millionen Euro für die Verbindung Rastatt – Hagenau zur Verfügung. Dies gilt auch für die Duale Ausbildung am Oberrhein und die grenzüberschreitende Initiative „Wirtschaft macht Schule“.

Auch sorgt sich die Landesvereinigung über den Fortgang bei der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO). Mürb: „Ein wichtiges Anliegen der Landesvereinigung Baden in Europa ist dieser Förderung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein. Sie arbeitet mit den Initiativgruppen im Elsass, der Nordschweiz und der deutschen Seite in den Gremien der „Zivilgesellschaft“. Diese ist eine der drei Säulen neben der Wissenschaft und der Wirtschaft. In allen Gesprächen mit der Landespolitik ist die TMO seit Jahren ein wichtiges Thema. Das Interesse auf beiden Seiten des Rheins hat stark zugenommen und wird vom Europaminister Peter Friedrich gefördert. Die Wissenschaft ist mit ihren 74 Universitäten und Hochschulen inzwischen gut aufgestellt. Wie sich die Territorialreform in Frankreich durch die Bildung der „ACCA“ (Alsace, Lorraine, Champagne, Ardennes) auswirkt, ist noch nicht abzusehen. Fest steht jedoch, dass Straßburg Sitz der Region Elsass bleibt. Erfreulich ist, dass der Karlsruher Oberbürgermeister Mentrup Karlsruhe als Teil der TMO sieht. Es werden die kommunalen Pflichtaufgaben wie Öffentlicher Verkehr, Ausbildung, Müllentsorgung etc. grenzüberschreitend angegangen. Erfreulich ist auch, dass auch die Zusammenarbeit der Wirtschaft in den Industrie- und Handelskammern der Länder in der TMO vorangeht. Große Aufgaben ergeben sich für die Gremien im badischen Bereich. Ein stärkeres Interesse der Landespolitik muss immer wieder ein-

gefordert werden.“ Mürb forderte, dass der Oberrheinrat aktiver werde. Die wissenschaftliche und Forschungszusammenarbeit in der TMO, gefördert durch InterReg-Programme lobte Hausherr Dr. Gerd Hager, der Direktor des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein, bei dem die Landesvereinigung für Veranstaltungen Gastrecht genießt.

In punkto Kulturförderung stellte Mürb fest: „Seit Jahren beklagen wir die ungleiche Förderung von Kultur und Kunst. Unsere aktuellen Untersuchungen haben erneut gezeigt, dass auch die grün-rote Landesregierung und der Landtag die Kultur in Württemberg weit stärker fördern als im badischen Landesteil. So hat die Landesregierung die Förderung des Radio-Sinfonie-Orchesters Baden-Baden / Freiburg bisher leider abgelehnt. Für Orchester standen in Württemberg in der letzten Legislaturperiode 40 Millionen Euro, für Baden lediglich 14 Millionen Euro zur Verfügung. Bei einer gerechten Verteilung der Mittel wäre die angedachte Stiftung ohne Weiteres zu sichern. Die Landesvereinigung Baden in Europa fordert – und hat dies allen Landtagsabgeordneten auch kommuniziert – eine gerechte Verteilung der Mittel und nimmt es nicht mehr länger hin, dass in Württemberg bei einer Zugrundelegung der Einwohnerzahlen 74 Millionen Euro in den Jahren 2012-2015 mehr zur Verfügung gestellt werden als in Baden. Der Verweis auf die Verantwortlichkeit des Südwestrundfunks für das Orchester wird von uns zurückgewiesen, da das Problem der zwei Orchester bei einer Rundfunkanstalt durch die Landespolitik entstanden ist, die die Fusion des Südwestfunks in Baden-Baden und des Südwestdeutschen Rundfunks in Stuttgart zum SWR vorangetrieben hat. Darüber hinaus hat die Landesvereinigung Baden in Europa vorgeschlagen, die Wilhelma als einzigen staatlichen Zoo Deutschlands der Stadt Stuttgart zu übergeben. Dadurch würden rund 15 Millionen Euro an finanziellen Mitteln frei. Damit könnten unschwer die für eine Stiftung notwendigen 10 Millionen aufgebracht werden. Bayern handelt

so zum Beispiel bei den Bamberger Sinfonikern.“

Im gleichen Sinne zeigt die Landesvereinigung auch wenig Verständnis für die ungleiche Verteilung von Geldern an die Universitäten im Land. Mürb: „Seit Jahren weisen wir auf die ungleiche Förderung hin. So werden die württembergischen Universitäten mit 12.263 Euro pro Studierenden bezuschusst, in Baden nur mit 11.532 Euro pro Studierenden. Ein Erfolg ist allerdings, dass sich diese Zahlen nach neuesten Erkenntnissen verbessert haben. So fließen jetzt nach Baden 11.074 Euro pro Studierendem und nach Württemberg 10.949 Euro. Es ist erfreulich, dass die Universitäten in den nächsten Jahren entsprechend der jährlichen Kostensteigerungen besser finanziert werden sollen. Wichtig ist uns vor allem: Seit Jahren appellieren wir an das zuständige Wissenschaftsministerium, dass die Autonomie der Universitäten im badischen wie im württembergischen Landesteil verstärkt werden soll. In anderen Bundesländern wird dies zum Teil seit Jahren praktiziert. Seit zehn Jahren ist dies zum Beispiel in Hessen erfolgt. Durch einen Abbau der Bürokratie könnte viel Geld eingespart werden. Dies gilt insbesondere für das KIT in Karlsruhe. Hier konnte im KIT Nord vor der Fusion viel effizienter gearbeitet werden als in der „Landesuniversität“ KIT Süd. Im liberalen Baden empfindet man dies umso schmerzlicher als in Württemberg, das schon immer zentralistischer organisiert war. Wir haben Ihnen damit einen aktuellen Einblick in die Arbeit der LV Baden gegeben. Eine Fülle von Anfragen, Hinweisen und Klagen erreichen uns regelmäßig aus den unterschiedlichsten Bereichen.“

Die Landesvereinigung kümmert sich aber nicht nur um Ungleichgewichte im Land. Ein Beispiel ist das Neue Schloss in Baden-Baden, zu dem Mürb sagte: „Seit Jahren setzt sich die Landesvereinigung Baden in Europa für die Erhaltung des Neuen Schlosses und der denkmalgeschützten Gärten ein. Das Anwesen ist ein das Stadtbild prägendes Ensemble, das seit Jahren eingerüstet ist und dessen Um-

gebung mehr und mehr verwahrlost. Das Land hat sich durch den seinerzeitigen Verzicht auf sein Vorkaufsrecht der Verantwortung entzogen. Für die Stadt Baden-Baden und für den gesamten badischen Landesteil ist dies eine Katastrophe. Die Besitzerin versucht ein Schlosshotel einzurichten und den unter Denkmal- und Landschaftsschutz stehenden Park mit einem das Stadtbild verschandelnden und die Gärten zum Teil zerstörenden „Stützbau“ zu belasten. Die Auswirkungen werden von Stadt und Land völlig verkannt. Bürgerinitiativen wie der Verein Stadtbild und Stadtgeschichte, aber mehr und mehr politische Gruppierungen und Mitglieder des Gemeinderats, verlieren jetzt zusehends die Geduld.

Die Landesvereinigung hat ihre Kontakte zur EU genutzt, um das Schloss zum Sitz einer europäischen Institution zu machen. Sie hat im Frühsommer diesen Vorschlag der Besitzerin Al-Hassawi unterbreitet und wartet nun auf eine positive Reaktion und auf ein Gespräch.“

Mürb abschließend: „Die Geduld mit Missständen umzugehen nimmt in den letzten Jahren immer weiter ab. Unzufriedenheit und Forderungen nach Veränderungen dagegen nehmen weiter zu, wie Befragungen in Karlsruhe und Freiburg belegen. Die Landespolitik muss darauf reagieren.“



Prof. Robert Mürb